



Berlin-Brief Nr. 354

Neuigkeiten aus der Sitzungswoche
von Josip Juratovic MdB

22. März 2024



Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,

die vergangene Woche stand für mich ganz im Zeichen der Vorbereitung auf den **Europäischen Rat**. Zuvor hielt Bundeskanzler Olaf Scholz hierzu im Plenarsaal eine Regierungserklärung. Mehrere Themen spielten eine Rolle: Ukraine, Israel/ Gaza und die EU-Erweiterung. Auch ich habe zur EU-Erweiterung und dem Antrag zum Beginn der Beitrittsverhandlungen mit Bosnien-Herzegowina gesprochen – meine Rede findet Ihr angehängt. Drei Kernbotschaften sind mir von Bedeutung:

- Wieso ist der EU-Beitritt Bosnien-Herzegowinas wichtig? Unsere Sicherheit wird auch auf dem Westbalkan verteidigt.
- Das Land benötigt eine glaubwürdige Beitrittsperspektive. Denn von Perspektive zu sprechen, aber Verhandlungen zum Beitritt verwehren, ist unglaublich und stärkt letztendlich nur die Gegner Europas!
- Der Moment, das alte Narrativ der Nationalisten zu durchbrechen, ist jetzt!

Die Fortschritte in Bosnien-Herzegowina und die Empfehlung der Kommission zu Beitrittsverhandlungen sind ein großer **Etappensieg der Demokraten**.

Beim Europäischen Rat steht auch der **Krieg im Gazastreifen** zwischen Israel und der radikalislamischen Hamas auf der Agenda. Tausende Menschen – darunter viele Zivilist*innen – sind den Kämpfen bereits zum Opfer gefallen. Hunderttausende sind in den Süden des Gazastreifens geflohen, wo sich die humanitäre Situation immer weiter zuspitzt. Letztes Wochenende ist Bundeskanzler Olaf Scholz zu Gesprächen mit jordanischen Vertretern und dem israelischen Premierminister in die Region gereist. Nach den brutalen Terrorattacken der Hamas vom 7. Oktober 2023 steht Deutschland weiter in voller Solidarität zu Israel, seinem Recht, die Terroristen der Hamas zu verfolgen und die Sicherheit seiner Bürger*innen wiederherzustellen. Das geht aber auch mit der Verantwortung einher, selbst das Völkerrecht zu achten und die Verhältnismäßigkeit des Einsatzes in Gaza sicherzustellen. Israel darf die Menschen im Gaza nicht hungern lassen – und die Flüchtlingsstadt Rafah darf nicht angegriffen werden.

Der Populismus der Union schürt Spaltung

CDU/CSU schlagen immer populistischere Töne an. Alles auf Kosten der Schwächsten unserer Gesellschaft. Dabei nehmen sie die Stärkeren nicht in die Pflicht – nach der Migrationspolitik nun auch im sozialen Bereich. So wollen sie das Bürgergeld radikal umbauen. Mehr Sanktionen, mehr Druck, weniger Unterstützung. Dabei machen wir nicht mit! Mit dem Bürgergeld haben wir eine der größten sozialpolitischen Reformen der letzten 20 Jahre umgesetzt – übrigens mit den Stimmen von CDU/CSU im Bundestag. Die Abkehr von Hartz IV war richtig. Denn beim Bürgergeld geht es darum, **Menschen dauerhaft in gute Jobs zu bringen, um mehr Qualifizierung und Kooperation auf Augenhöhe**. Die Behauptung, Menschen würden ihre Jobs kündigen oder Jobangebote ablehnen, nur um Bürgergeld zu erhalten, ist falsch. Das belegen Zahlen aus dem Bundesarbeitsministerium. Zudem haben wir Rekordbeschäftigung. Darüber hinaus sind rund 20 Prozent der Bürgergeld-Empfänger*innen erwerbstätig. Sie erhalten also Bürgergeld, weil sie von ihrem Lohn allein nicht leben können. Mit einem bedingungslosen Grundeinkommen hat das Bürgergeld nichts zu tun. Wer sich total verweigert, dem können bereits jetzt Leistungen vorübergehend gestrichen werden. Klar ist, wir brauchen einen starken, funktionsfähigen Sozialstaat, der die Schwächsten in einer Notlage unterstützen kann. **Arbeit jedoch lohnt sich immer**.

Mehr Rechtssicherheit in die digitale Welt

Verabschiedet: Mit dem Digitale-Dienste-Gesetz (DDG) wird die Plattformaufsicht in

Deutschland neu geregelt. Das DDG ist das Gesetz zur Umsetzung des Digital Services Act (DSA) der EU, das seit dem 17. Februar europaweit gilt. Dies schafft Regeln für die Verantwortlichkeit im Internet. Im Grunde soll ganz einfach gelten: **Was offline illegal ist, muss auch online illegal sein.**

Der DSA bzw. das DDG sind also ein wichtiger Schritt um die Meinungsfreiheit zu schützen, denn zu oft bleiben Mord- und Vergewaltigungsandrohungen oder Volksverhetzung im Internet unbestraft und sorgen dafür, dass Menschen Angst haben sich zu äußern. Gleichzeitig schafft der DSA Transparenzpflichten, sodass auch nachvollziehbar ist, welche Konten oder Inhalte von Plattformen gesperrt werden. Wir gehen damit gegen das Monopol der großen Onlineplattformen vor und schaffen klare Regeln auch für den digitalen Raum. Das geht einher mit der Regelung von Buß- und Zwangsgeldern für Verstöße gegen den DSA. Diese können für Plattformbetreiber beispielsweise mit bis zu sechs Prozent ihres Jahresumsatzes sanktioniert werden. Die Bundesregierung wird dem Deutschen Bundestag einen jährlichen Bericht mit den beim Bundeskriminalamt eingegangenen Meldungen vorlegen.

Ihnen und Euch wünsche ich frohe Osterfeiertage. Ich freue mich auf all die interessanten Begegnungen im Wahlkreis!

Ihr/ Euer



Termine

**23.
MÄR**

Dienstversammlung der Feuerwehren im Heilbronner Land
Obsersulm

**23.
MÄR**

Demo "Gemeinsam gegen die AfD!"
Parkplatz am Frankenstadion, Heilbronn (ab 16 Uhr)

**25.
MÄR**

SPD-Kreisvorstand Heilbronn-Land
Heilbronn

**01.
APR**

Ostermontag
im Garten

08.–
12.
APR

Sitzungswoche im Deutschen Bundestag
Berlin, Bundestag

Bild der Woche



"Am vergangenen Mittwoch habe ich zur Regierungserklärung von Bundeskanzler Olaf Scholz eine Rede gehalten. Schaut gerne rein!"



Impressum:

Josip Juratovic MdB – Bürgerbüro
Untere Neckarstraße 50
74072 Heilbronn
Tel.: 07131 / 598 72 27
josip.juratovic.wk@bundestag.de

Du möchtest keinen Berlin Brief mehr erhalten?

Klicken Sie hier um sich aus dem Verteiler abzumelden.